



Presseinformation

Nr. 020/2005

Kiel, Mittwoch, 26. Januar 2005

Sperrfrist: Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Flutwelle in Asien/Partnerschaftsverträge

Wolfgang Kubicki zur Hilfe für Armutsregionen

In seinem Redebeitrag zu **TOP 27** (Partnerschaftsverträge zur Entwicklungszusammenarbeit mit benachteiligten Regionen) sagte der Vorsitzende der FDP-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, **Wolfgang Kubicki**:

„Die von der Flutkatastrophe in Süd-Ost-Asien betroffenen Menschen bedürfen unserer Hilfe und Unterstützung. Die Größenordnung des Seebebens übersteigt jede menschliche Vorstellungskraft. Die Fernsehbilder lassen allenfalls erahnen, was sich am Tag der Flutwelle ereignet hat.

Nach den jüngsten Schätzungen sind in den von der Flutkatastrophe verwüsteten Ländern rund 230.000 Todesopfer zu beklagen. Und immer noch werden unter den Schutt- und Geröllmassen weitere Tote geborgen.

Darüber hinaus werden weiterhin 581 Deutsche vermisst, die an den Stränden Süd-Ost-Asiens ihren Weihnachtsurlaub verbracht haben. 60 tote Bundesbürger wurden mittlerweile zweifelsfrei identifiziert – darunter auch Bürgerinnen und Bürger aus Schleswig-Holstein.

Angesichts dieser Katastrophe ist es geradezu überwältigend, wie schnell und spontan gerade auch die Hilfsbereitschaft nicht nur von Organisationen und Einrichtungen, sondern von den vielen Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes erfolgt ist. Armutsregionen, wie Aceh, sind binnen Kurzem aus dem Nichts auf die persönliche Weltkarte vieler Deutschen gerückt.

Der Indische Ozean ist – gemessen an der Bereitschaft zu Millionenpenden – den Bundesbürgern so nah geworden, wie die Nachbarschaft. Die Welt ist wie im Schock nach dem Seebeben in Asien noch weiter zusammengedrückt. Auch dies ist eine Seite der Globalisierung.

Wolfgang Kubicki, MdL

Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL

Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Ekkehard Klug, MdL

Parlamentarischer Geschäftsführer

Christel Aschmoneit-Lücke, MdL

Joachim Behm, MdL

Günther Hildebrand, MdL

Veronika Kolb, MdL

www.fdp-sh.de

Globalisierung bedeutet eben auch, dass bürgerschaftliches Engagement nicht nur in unserer unmittelbaren Nachbarschaft, sondern eben überall und weltweit gebraucht wird.

Uns allen wird hier drastisch und klar vor Augen geführt, dass globale Bedrohungen nicht an einem fernen Punkt der Erde stattfinden, die uns nichts angehen, sondern immer auch Rückwirkungen auf unser Leben haben.

Deshalb dürfen wir bei diesem Ereignis auch nicht vergessen, dass es noch andere Regionen auf unserem Globus gibt, die ebenfalls unserer Hilfe bedürfen.

Obwohl sich diese Regionen derzeit eher am Rande unseres Interesses und außerhalb des Brennpunktes medialen Interesses befinden, haben sich deren Probleme noch lange nicht gelöst.

Dieses Ereignis zeigt uns deutlich, dass wir der Gefahr begegnen müssen, nur noch punktuell auf Krisen zu reagieren.

Wer spricht angesichts dieser Naturkatastrophe heute noch von Gegenden, wie den Kongo oder der Provinz Darfur im Sudan? Was können wir beitragen, um Staaten, wie Angola, Guinea, Ghana, Mali, Mosambik, Sambia – um nur einige zu nennen - nachhaltig zu unterstützen, damit sie sich weiter stabilisieren?

Wie kann im Rahmen von Entwicklungszusammenarbeit und Wiederaufbau auch diesen benachteiligten Regionen geholfen werden?

Wir wollen deshalb den Vorschlag des Bundeskanzlers, Partnerschaften mit auszuwählenden Flutopfer-Regionen in Süd-Ost-Asien anzustreben, aufgreifen und erweitern.

Hierzu kann nicht nur ein kleines Bundesland wie Schleswig-Holstein beitragen. Deshalb ist es aus unserer Sicht wichtig, nachhaltige Hilfe durch partnerschaftliche Kontakte – nicht nur auf Landesebene – sondern auch auf kommunaler Ebene zu leisten.

Nach Auskunft der schon bestehenden Servicestelle „Kommunen in der Einen Welt“ haben vor der Asienflut von den rund 6.500 Partnerschaften deutscher Kommunen weltweit nur 635 mit Entwicklungsländern bestanden.

Jetzt besteht die Riesenchance, eine uralte Idee der Entwicklungszusammenarbeit neu zu beleben und diese Partnerschaften weiter auszubauen.

Die schnelle und professionelle Hilfe der Bürgerinnen und Bürger und der gesamten Staatengemeinschaft hat gezeigt, dass wir bei solchen Ereignissen zusammenrücken müssen. Jetzt müssen wir noch beweisen, dass wir durch mittel- und langfristige Planungen in der Lage sind, die Probleme auch gemeinsam und partnerschaftlich zu bewältigen.“